



Blickpunkt

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis  Nr.02 September 2018 Jahrgang 47

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Armut durch Hartz IV Landkreis HDH trauriger Rekordhalter

Schon vor 14 Jahren wurde der Landkreis Heidenheim als „Armenhaus“ ausgewiesen. Um das zu ändern, beantragte die DKP Jahr für Jahr im Heidenheimer Gemeinderat, dass die Stadt einen Armutsbericht erstellt. Stadtverwaltung und Landratsamt, so die DKP, seien aufgefordert gemeinsam zu handeln. Aber immer wieder wurde das Erstellen eines Armutsberichts vom Oberbürgermeister abgelehnt: „Das sei nicht Aufgabe der Stadt“! Jetzt, in der Juli Kreistagssitzung mussten sich die Kreisräte anhören, dass sich im Landkreis nichts geändert hat und er weiter das „Armenhaus“ in Baden-Württemberg sei. So habe der Landkreis

- immer noch die höchste Arbeitslosigkeit.
- immer noch die höchste Zahl an Langzeitarbeitslosen.
- immer noch die höchste Quote von Sozialhilfebezieher.
- immer noch die höchste Quote von Kindern, die in Armut leben müssen.

„Wir wollen Fortschritte“, versprach jetzt Landrat Reinhardt. „Das war schon damals das Ziel. Nur, es wurde nichts daraus“, antwortete Kreisrat Rainer Domberg, ehemaliger Bürgermeister von Heidenheim. Die DKP ist sich sicher, dass sich für die ärmeren Menschen nichts ändern wird.

Schon die Frage im Kreistag, „was ist zu tun“ machte klar, dass diese Politiker keine Änderung wünschen.

Nur mit Druck aus der Bevölkerung, so die DKP, können die Räte dazu bewegt werden, Ansatzpunkte gegen die Armut zu erarbeiten. Hartz-IV muss weg, meint ganz klar die DKP.



Hartz IV wurde von den großen Parteien wie SPD und CDU mit dem Ziel beschlossen, bei den Sozialleistungen einzusparen. Ergebnis: Die Armut in unserem Land wurde dadurch nicht nur vergrößert, sondern auch gefestigt. Die Reichen werden reicher und die Zahl der Armen immer mehr. Die Möglichkeit, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und sie stärker unter Druck zu setzen spielt dabei eine weitere Rolle. Im vergangenen Bundestagswahlkampf ist Hartz IV von vielen Politikern, vor allem aus den Reihen der SPD, kritisiert worden. Jetzt, nach der Wahl, ist wieder Stille eingetreten.

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel wird den Antrag, einen Armutsbericht zu erstellen, erneut im Heidenheimer Gemeinderat einbringen. In dem Armutsbericht muss die Zahl der Armen erfasst und deren Situation dargestellt werden. Nur so ist es möglich, Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten um die Armut zu bekämpfen. Gemeinsam mit dem Landkreis, Jobcenter, Caritas und anderen sozialen Organisationen. Der Druck muss aber von außen kommen!



Fast jeder Fünfte in Vollzeit beschäftigte Arbeitnehmer kann seine Familie nicht richtig versorgen, weil er zu wenig verdient.
Die Folge: Hartz IV Trotz Vollzeitjob.

Voith-Arena **DKP stimmte gegen den Verkauf des Stadions**

Nach langer Diskussion im Heidenheimer Gemeinderat hat eine Mehrheit -27 Ja-Stimmen- sich für den Verkauf der Voith-Arena an den FCH entschieden. Leider gab es nur 3 Gegenstimmen: R. Püschel, W. Bretzger, J. Bohnert (beide SPD).

Es gab einige kritische Stimmen während der Diskussion.

Letztendlich wurde das Stadion für **magere 2 Millionen Euro** verkauft.

Vor einem Jahr sollte der Verkaufspreis noch bei 1 Euro betragen, was aber vom Gemeinderat damals abgelehnt wurde.

Die jetzigen 2 Millionen Euro wurden vor allem von der Bevölkerung z.B. in Leserbriefen als viel zu wenig angesehen. **Immerhin beträgt der derzeitige Wert des Stadions mehr als 18 Millionen Euro.**

Dass das Thema Voith-Arena wieder in die Schlagzeilen geriet, ist der DKP zu verdanken. Ihr Kreisvorstand wandte sich mit einem Antrag an die Stadtverwaltung.

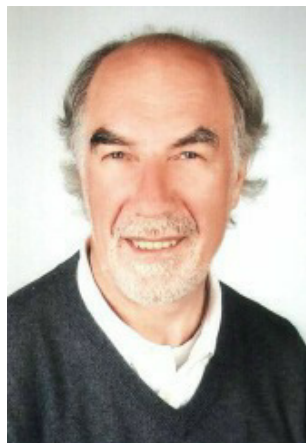
In diesem Antrag wurde ein neuer Pachtvertrag vorgeschlagen:

Das Stadion, sowie die Fußballplätze -alles in Allem ca. 102 000 qm- sollen im kommunalen Besitz der Stadt bleiben. **Also kein Verkauf.**

Die DKP verlangte eine Jahrespacht von **275 000 Euro (vorher 2600,-)**.

Für Heimspiele im DFB-Pokal und bei Freundschaftsspielen sollte eine jeweils einmalige Nutzungsgebühr von 16 000,- und für weitere Nutzungen der Sportanlagen eine monatliche Pacht von 2000,- Euro bezahlt werden.

Dies wurde auch von Stadtrat Püschel in der Gemeinderatssitzung vorgetragen. Im Vergleich zu anderen Fußballstadien wäre das aus Sicht der DKP auch angebracht gewesen.



Reinhard Püschel
DKP Stadtrat

Nicht zu vergessen ist, dass der FCH sich mittlerweile zu einem Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 22 Millionen Euro entwickelt hat.

DKP unterstützt Oggenhausener Anträge Dorfgemeinschaftshaus für Jung und Alt

In seinem Antrag an die Stadt befürwortet DKP-Stadtrat Reinhard Püschel die Anträge des Oggenhausener Ortschaftsrats. Einige dieser Anträge sind schon in den letzten Jahren an den Gemeinderat gestellt worden, ohne Ergebnis.

Eine dieser Forderungen ist die Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses. Es geht um eine soziale Begegnungsstätte für Jung und Alt. Zudem soll eine Kommunikationsplattform für Hilfe suchende Menschen eingerichtet werden, ähnlich dem Heidenheimer „Caring Community“.

Eine alte Forderung ist auch die Erneuerung des Oberflächenbelags auf dem Turnhallenplatz und die Sanierung der Albrecht-Ritz-Straße.

Wichtig sind dem Ortschaftsrat auch die Renovierungsarbeiten in der Grundschule. Hier geht es um einen Neuanstrich der Wände bis zum Abdichten der Fenster und das Streichen der Heizkörper.

Neben einer behindertengerechten Bushaltestelle sollen auch Hundetoiletten errichtet werden. DKP-Stadtrat Püschel ist der Auffassung, dass die „Wünsche“ des Ortschaftsrates endlich umgesetzt werden sollen.

Mitglied der DKP werden!

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

| | |
|----------------|-------|
| Name, Vorname: | _____ |
| Straße: | _____ |
| PLZ, Ort: | _____ |
| eMail: | _____ |
| Telefon: | _____ |

Bitte einsenden an: **Wilhelm Benz, Schumannstr. 3, 89518 Heidenheim**

Keine Kindergartengebühren in Heidenheim!

In der Mitgliederversammlung Ende Juni, die HZ berichtete am 25.06.18 darüber, stellte die DKP die Forderung auf kostenlose Kindergartenbetreuung. Es wird bereits praktiziert, beispielsweise in Heilbronn, neuerdings auch Berlin – das ja wahrlich keine reiche Stadt ist – und in den Bundesländern NRW, Hessen und Niedersachsen.

Die DKP ist der Meinung, dass die Kindergartenbesuche genauso eingestuft werden müssen wie die Schuljahre. Die Kindergärten haben heute eine hohe pädagogische Qualität, sie erfüllen vielseitige Aufgaben, es sind nicht nur Spiel- und Aufbewahrungsstätten. Hier sind staatlich anerkannte Erzieher/innen tätig, die eine adäquate Ausbildung durchlaufen haben.

Auch die Bevölkerung hat bereits die Notwendigkeit erkannt, dass Kinder hier eine gute Vorbereitung für die Schule und dadurch auch für ihr weiteres Leben bekommen. Anders als Herr Seehofer sind wir der Ansicht, dass ein Kindergarten weitaus mehr leisten kann, als eine Familie. Denken wir nur an das soziale Verhalten, welches die Kinder unter professioneller Anleitung erlernen, die Persönlichkeits- und Intelligenzförderung, das kindgerechte Spielen und Lernen – all das sind nur wenige Kriterien, die später zu einem selbständigen Handeln und der Bildung eines angemessenen Selbstwertgefühls führen. Für den Familienverbund verbleibt trotzdem noch genügend Erziehungsarbeit!



Die Abschaffung der Kindergartengebühr hält die DKP für eine der vorrangigsten Aufgaben der Gemeinden und der Länder. Wenn ein Bundesland diese Notwendigkeit nicht oder noch nicht erkennt, dann sehen wir die Stadt in der Pflicht, vorerst diese Gebühren zu übernehmen.

Jedes Kind in Heidenheim muss die Möglichkeit bekommen, die pädagogisch wertvollen Angebote nutzen zu können und das unabhängig von dem Einkommen der Eltern!

Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim
IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03
BIC: SOLADES1HDH
Kreissparkasse Heidenheim

Hansegispass? NEIN DANKE!

Die Stadt Heidenheim plant eine neue Straße: Den Hansegispass. Er soll die Waldstraße in der Hansegisreute mit der Römerstraße am Werkgymnasium verbinden und durch das neue Baugebiet „Hinter dem kleinen Bühl“ (Wiesen beim Reiterverein) führen. Mit einer Unterschriftenaktion will die Initiative „Hansegispass? NEIN DANKE!“ dieses Bauvorhaben verhindern.

**Wir wollen keine Naturzerstörung in Heidenheim!
Wir wollen nicht mehr Lärm und schlechte Luft!
Wir wollen nicht, dass unsere Kinder gefährdet sind!**

Wir wollen Stadtnahe Erholungsgebiete nicht verlieren!

Das Neubaugebiet ist nicht attraktiv, wenn pro Tag 5200 Fahrzeuge mittendurch fahren!

Wir wollen eine Stadtentwicklung, die den Verkehr auf wenigen Haupttrouten bündelt und Wohngebiete schützt!

Wir wollen nicht, dass unsere Steuergelder in Millionenhöhe verschwendet werden!

Die DKP-Heidenheim unterstützt diese Unterschriftenaktion und ruft alle Heidenheimer Bürgerinnen und Bürger auf, mit ihrer Unterschrift diese Aktion voranzubringen. Unterstützen Sie den Kampf gegen das Straßenprojekt – bevor die Bagger anrücken.

Unterrichtsausfall wegen Lehrermangel

13,5 Prozent des Unterrichts (Gymnasium) fällt aus. Hochgerechnet bedeutet das, dass in acht Jahren mehr als ein Jahr geplanter Unterricht nicht stattfindet. Hauptursache der Ausfälle ist der Lehrermangel. Landesweit fehlen hunderte Lehrer. Besonders drastisch ist die Situation an den Grundschulen. Laut Presseartikel sind 635 Lehrkräfte zu wenig ins Schuljahr gestartet. Die Landesregierung plant aber 1700 Lehrerstellen zu streichen. Mit Notmaßnahmen will die Landesregierung dem Unterrichtsausfall entgegen. DKP sagt **NEIN!!**
Statt 1700 Lehrerstellen streichen, Lehrerstellen neu schaffen! Bildung ist ein Grundrecht. Nicht auf Kosten der Lehrer und Schüler sparen!

?Stadträtin/Stadtrat werden?

Kandidieren und mitreden!

Im Mai 2019 findet die Wahl zum Gemeinderat statt.
Die DKP Heidenheim tritt wieder mit einer offenen Liste an. Willst du dabei sein?
Auch Nichtmitglieder/Parteilose stellen sich zur Wahl.
Wem das Wohl der Heidenheimer Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, eine soziale Grundeinstellung hat und nicht antikommunistisch eingestellt ist, kann sich bei uns melden!
Wage etwas, kandidiere auf unserer Liste!



Panzer an der Grenze von Russland

Die Nato-Planung, die Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben.

Das 2-Prozent-Ziel der Nato, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungspirale.

Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. An dem US-geführten Manöver „Saber Strike“ (Säbelhieb) - im Baltikum (Estland, Litauen, Lettland) und Polen nahmen in diesem Jahr 18.000 Soldaten aus 19 Ländern teil; darunter auch jene Bundeswehrsoldaten, die in Litauen ein Nato-Bataillon führen. Unzählige US-Militärfahrzeuge hatten sich dafür von ihren deutschen Standorten aus auf den Landweg

Richtung Osten gemacht. Das Säbelrasseln vor Russlands Haustür wurde vom größten Marine-Manöver des Nordatlantik-Paktes begleitet: 43 Schiffe, 60 Flugzeuge und fast 5.000 Soldaten aus 22 Ländern waren beteiligt.

Das sei eine Provokation, so der Moskauer Militär-experte Juri Netkatschew.

Denn im NATO-Hauptquartier macht man keinen Hehl daraus: Dieser Aufmarsch war ein demonstratives Signal Richtung Moskau wie an die Mitgliedstaaten an der Ostflanke, die wegen der vermeintlichen russischen Bedrohung Bündnistreue einfordern. Man probt den Ernstfall.

Die Nato-Staaten haben Russland gerade über ein weiteres Großmanöver im Herbst 2018 informiert. An der „Übung“ »Trident Juncture« (Dreizackiger Verbindungspunkt) im nordöstlichen Bündnisgebiet werden sogar rund 40.000 Soldaten teilnehmen. Das größte Militärbündnis der Welt hat seine Präsenz an der Grenze zu Russland seit 2016 massiv verstärkt. Doch der rechten nationalistischen Regierung in Warschau ist das noch zu wenig. Polen wäre bereit, sich mit zwei Milliarden US-Dollar an der Errichtung einer ständigen USA-Militärbasis im Lande zu beteiligen, wurde jetzt bekannt



DKP-Ratsherr in Bottrop vor Gericht

Wegen „Geheimnisverrats“ steht der Bottroper DKP Stadtrat Michael Gerber vor Gericht. Er soll Geschäftsgeheimnisse des städtischen Entsorgungsbetriebes „Best“ verraten haben. Vor zwei Jahren habe der „Best“-Verwaltungsrat in nichtöffentlicher Sitzung die Erfolgprämien für die Belegschaft um ein Drittel gekürzt, die Bonuszahlungen bis zu 7000 Euro an die beiden Vorstände wurden aber genehmigt. Immer wieder haben sich Beschäftigte der Belegschaft über das Führungsverhalten des Vorstandes beschwert. Gerber versteht sich **„als von der Bevölkerung gewählter kritischer Stadtrat, der die Verwaltung zu kontrollieren habe.“** Er beobachte aber immer mehr die Tendenz, „dass unangenehme und unliebsame Entscheidungen in nichtöffentlichen Sitzungen verlegt werden, um zu verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger -und damit meine Wählerinnen und Wähler- davon erfahren“.

Nicht umsonst trete die DKP seit Jahrzehnten unter dem Motto an

„DKP im Rathaus - damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!“

Nachdem die Richterin den Stadtrat freigesprochen hat, - sie könne das politische Anliegen hinter Gerbers Handeln verstehen-, hat die Staatsanwaltschaft jetzt Berufung gegen das Urteil eingelegt. Gerber muss sich der Geheimniskrämerei unterordnen, ansonsten mache er sich strafbar.